

Cuba kompakt

15. März 2006, Ausgabe 18, Jahrgang 2, 20 ct., Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

UNO Menschenrechtssauschuss mundgerecht für die Supermacht Europäische Union gibt klein bei

Nachdem man beschlossen hatte, den in Misskredit geratenen UNO-Menschenrechtssauschuss neu zu gestalten, wurde hinter den Kulissen darüber verhandelt. Die geplante neue Struktur fand bei der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UNO keinen Beifall. Deshalb waren die USA und ihre Alliierten in den letzten Monaten damit beschäftigt, zahlreiche Länder der Dritten Welt heftigst unter Druck zu setzen, um sie auf Kurs zu bringen. Am 20. Februar hatte die cubanische Mission bei den Vereinten Nationen bereits vor der Gefahr gewarnt, die USA könnten mit ihrem Manöver Erfolg haben.

Allerdings weiß man bisher nur, dass dieses neue Organ der UNO den Menschenrechtssauschuss ersetzen soll, aber nichts Näheres über seine Funktionen. Es soll weniger Mitglieder haben, ausgesucht und demokratisch, das heißt es soll besser manövrierbar sein, aber auch hier weiß man nicht, wer oder wie die neuen Mitglieder ausgewählt werden sollen. Afrika, das bis jetzt 23 Vertreter im Menschenrechtssauschuss hatte, soll jetzt nur noch 13 bekommen und die Vertreter der Gruppe der G-80 Staaten soll von jetzt 10 auf 3 schrumpfen.

Analytiker sind der Meinung, dass so der Menschenrechtssauschuss sich faktisch in eine Art Tribunal gegen die Länder des Südens verwandeln werde, zu dem die Mitglieder der Ersten Welt nie erscheinen müssten.

Die USA hätten gern, dass die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates automatisch in diesem Ausschuss vertreten sind. Der Menschenrechtssauschuss als Trainingsfeld für hegemoniale Übungen mit der entsprechenden Auswahl an ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Rechten nach Gutdünken der Großmacht auf der Tagesordnung. Das

Recht auf Leben, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung hätte in einem solchen Menschenrechtssauschuss keinen Platz mehr.

Man versucht die Welt glauben zu machen, dass durch Länder wie Cuba der Menschenrechtssauschuss in Misskredit geraten sei. Dabei waren es die USA, die 2001 aus dem Ausschuss herausgeworfen wurden, als bei einer geheimen Abstimmung die Länder der Welt einmal, ohne die Repressalien der Supermacht befürchten zu müssen, frei wählen konnten. Es waren die peinlichen Windungen der EU, die diesen Ausschuss diskreditierten, einer EU, die immer alle US-Anträge gegen Cuba unterstützte, aber nie einen Antrag gegen die USA wegen Menschenrechtsverletzungen auf Guantanamo oder anderswo zugelassen hätte.

Im Artikel 68 der Charta der Vereinten Nationen heißt es: „Der Rat für Wirtschaft und Soziales wird Ausschüsse für Wirtschaft und Soziales und zur Förderung der Menschenrechte einrichten.“

Wenn der Menschenrechtssauschuss 1946 vom ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat) auf Grund dieser Bestimmung ins Leben gerufen wurde, bedeutet die Eliminierung dieses Ausschusses nicht eine Verletzung der UNO-Charta?

Die Arbeitsgruppen des Menschenrechtssauschusses waren den USA und Großbritannien schon lange ein Dorn im Auge, etwa wenn es um gewaltsames Verschwinden von Personen, willkürliche Verhaftungen, Söldner, Berichterstatter über Bildung, Ernährung, Ureinwohner, Gesundheit, Folter, Wohnraum und Giftabfälle ging. So weigerte sich die Regierung Bush auch, den Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission über Ernährung, Jean Ziegler, in den USA zu empfangen.

Professor Cherif Bassiouni, Berichterstatter der Kommission über die Situation der Menschenrechte in Afghanistan, schrieb in seinem Bericht über Folter und Morde, die von US-Soldaten in seinem Land begangen wurden. Danach wurde sein Mandat vom Menschenrechtssauschuss nicht mehr erneuert.

Fünf Experten klagten die Folter in Guantanamo an. Schweigen.

Eigentlich sollte das neue Organ am 13. März konstituiert sein, aber im Augenblick sieht es nicht danach aus. Bis heute blockieren aber die USA mit ihrer Ablehnung des Vorschlags, den der Vorsitzende der UNO-Generalversammlung, der schwedische Botschafter Jan Eliasson, Ende Februar vorlegte, das ganze Projekt.



Der US-Botschafter bei der UNO, John Bolton, machte deutlich, dass das Projekt in dieser Form für die USA gänzlich inakzeptabel sei, weil es nicht die Bedingungen Washingtons erfülle, was den Beitritt zu besagtem Ausschuss und den Wahlmodus mit zwei Dritteln der Stimmen angehe. Das cubanische Außenministerium sieht in dieser ablehnenden Haltung der

USA einen Schlag gegen die UNO und einen Angriff auf den Multilateralismus. Die Regierung des Präsidenten George W. Bush wünsche einen Ausschuss, den sie besser manipulieren könne, ohne Länder wie Cuba, die die Dinge beim Namen nennen und die Völker der Dritten Welt verteidigten.

Laut diplomatischer Quellen am UNO-Sitz hat Botschafter Bolton die europäischen Länder erfolgreich unter Druck gesetzt. Nachdem sie zunächst bei der Ausarbeitung des Projekts beteiligt waren und dieses befürwortet hatten, setzten sie sich plötzlich für eine mehrmonatige Verschiebung ein.

Der britische Botschafter bei der UNO, Emyr Jones Parry, sagte nach einem Treffen mit John Bolton vor der Presse, „dass eine klare Mehrheit der EU-Mitglieder jetzt erklärt habe, dass die Generalversammlung dieses Projekt nicht ohne Zustimmung der USA verabschieden sollte.“

Eliasson jedoch wandte sich entschieden gegen eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Aber wir ahnen schon, wie die Partie ausgehen wird. Für Bolton ist es sehr wichtig, die Schlacht um einen für die USA maßgeschneiderten Menschenrechtssauschuss zu gewinnen. Er hat sein „Alles oder Nichts“ verkündet. Jetzt weiß die Welt, dass alle Bedingungen Washingtons erfüllt werden müssen. Und die USA werden nicht ruhen und rasten, bis sie ihren maßgeschneiderten Ausschuss bekommen. Länder, wie Cuba, die es wagen, der Welt einziger Supermacht zu widersprechen, sollen von vorneherein ausgeschaltet werden. Bis jetzt haben die USA bei dieser Art von Manövern meistens gewonnen. Dank ihrer europäischen Komplizen dürfte es ihnen auch dieses Mal gelingen.

R.F., JR, PL

KURZNACHRICHTEN

Hotel Nacional in Cuba – bestes Hotel der Welt

Das Hotel Nacional in Cuba wurde unter 194 Hotels, die diesen Titel anstrebten, zum Sieger gekürt. Es hat somit das Mamounia in Marokko, das Ritz in Paris, das Waldorf Astoria in New York und das Lla Lla in Bariloche/Argentinien hinter sich gelassen. Die Nachricht wurde am 3. März bekannt gegeben und die spanische Presse hob hervor, dass das mythische cubanische Hotel den Vorjahressieger aus Marokko vom ersten Platz verdrängt habe. Iratxe Rojo, die Verantwortliche der Firma, die die Umfrage durchgeführt hatte, beglückwünschte Cuba für diesen Platz, der die Vorliebe der Reisenden zum Ausdruck bringt..

R.F., PL

Cubanische Fans verurteilt

Fanatische Baseball-Fans sind in Cuba so aus der Rolle gefallen, dass sie mit den weltweit bekannten Fußball-„Hooligans“ verglichen werden konnten. Beim Spiel der „ewigen Rivalen“ des cubanischen Baseballs, den „Industriales“ aus Havanna und der Mannschaft aus Santiago de Cuba kam es zu tumultartigen Szenen, bei denen Sitzreihen zerstört wurden und einige der Randalierer Polizisten angriffen. 17 Angeklagte zwischen 17 und 41 Jahren mussten vor Gericht erscheinen. Neun von ihnen wurden verurteilt, sechs müssen Sozialarbeit ableisten, zwei wurden freigesprochen. Gegen 21 Personen wurden Geldstrafen verhängt. Die cubanischen Behörden machten deutlich, dass man dieses Verhalten nicht dulden werde.

R.F., WDS

BLOCKADE

USA verweigern 54 cubanischen Akademikern die Einreise nach Puerto Rico

Nachdem die US-Regierung schließlich dem großen internationalen Druck nachgegeben hat und der cubanischen Baseball-Nationalmannschaft die Einreisevisa zur Teilnahme an den Vorrundenspielen der Baseball World Classics in Puerto Rico nun doch ausstellte, startete sie alsbald einen neuen Affront gegen Cuba und ihre puertoricanische Kolonie. 54 cubanische Akademiker wollten am 26. größten Internationalen Akademischen Forum über Lateinamerikanische Studien vom 14. bis 18. März in San Juan teilnehmen. Nach einem unter Präsident Reagan 1985 erlassenen Gesetz darf Angestellten der cubanischen Regierung oder Funktionären der Kommunistischen Partei Cubas mit offiziellen und diplomatischen Pässen die Einreise in die USA verweigert werden.

Dieses Verbot betrifft aber auch jeden Cubaner, den das US-Außenministerium als Angestellten der cubanischen Regierung ansieht. Ausgenommen sind nur die Diplomaten der cubanischen Interessenvertretung in Washington und die cubanische Mission an der UNO. Das Verbot Reagans wurde aber nur zeitweilig angewandt. In früheren Zeiten haben schon viele cubanischer Wissenschaftler an solchen Treffen in den USA teilgenommen. Allerdings fand der letzte Kongress 2005 in Las Vegas auch bereits ohne Cubaner statt. Im Jahr 2005 traf das Gesetz auch sieben Musiker, die für den Grammy nominiert worden waren. Einer von ihnen, der inzwischen verstorbene Ibrahim Ferrer, gewann damals die Trophäe, ohne sie entgegennehmen zu können.

R.F., La Jornada